

Der Courier  
Die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadianer.  
Erscheint jeden Mittwoch.  
Bezugspreis:  
für Canada \$2.00  
für Ausland \$3.50

# Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadianer.

"The Courier"  
is the leading Canadian Paper  
in the German language.  
Issued every Wednesday.  
Subscription price:  
in Canada \$2.00  
to foreign countries \$3.50  
Office and printing plant:  
1835 Halifax Street, Regina.

22. Jahrgang.

14 Seiten

Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 25. Oktober 1929.

14 Seiten

Nummer 51.

## Engl. Premier MacDonald in Canada eingetroffen

Mit stürmischer Begeisterung von amerikanischen und canadischen Arbeitern in Toronto begrüßt

Sprach über die Stellung der Arbeitermassen zum Kriegs- und Friedensproblem.

Traditionen halten das Britische Reich zusammen.

Die Ankunft in Canada.  
Niagara Falls, N. Y., 15. Oktober. — „Vedwohl Amerika, sei gegrüßt Canada.“ Zwei Griffe zugleich entbot der englische Premier J. Ramsay MacDonald, als er auf der Falls View Brücke die durch einen weichen Strich markierte internationale Grenze überschritt und Canada betrat. Mayor Charles F. Schwabze von Niagara Falls, Ont., und Mitglieder der Parkkommission empfingen den hohen Besucher an der Grenze und geleiteten ihn, zum Queen Victoria Park, wo nach kurzem Mittagsessen mit einem Sonderzug die Fahrt nach Toronto angetreten wurde.



Präsident Hoover, mit dem MacDonald in Washington Verhandlungen gepflogen hat.

In seiner Abschiedsrede an das amerikanische Volk, die er beim Passieren der Grenze ausagte, erklärte MacDonald, daß er Amerika verläßt, „im Bewußtsein, daß wohl der Atlantik trennt, die Sache des Friedens aber vereint.“ Er betont, daß dies auch die Haltung des amerikanischen Volkes ist, die er mit nach England herübernimmt.

In Konferenzen mit dem canadischen Premier Mackenzie King will er die in den Vereinigten Staaten aufgenommene Friedensarbeit fortsetzen. „Ich habe zwölf geistreiche Tage in den Vereinigten Staaten verbracht“, beginnt die Abschiedsrede. „Die Tage sind schnell vergangen. Vom Augenblick meines Kommens bis zum jetzigen Augenblick habe ich mich nicht anders als herzlichem Beweis der Freundschaft erfreut. Die mir erteilte gastfreundliche, öffentliche und private, war geradezu überwältigend. Ihr Präsident und ich durften im Geiste demokratischer und informeller Offenheit die Beziehungen unserer beiden Länder und die Förderung des Weltfriedens besprechen.“

Telegramm Hoovers.  
Washington. — Präsident Hoover sandte ein Telegramm an

In Toronto.  
Toronto. — James Ramsay MacDonald wurde hier den mehr als 1500 Delegaten zur Jahreskonvention der Amerikanischen Arbeiterföderation als der Ministerpräsident Großbritanniens vorgestellt, aber er erklärte den ihn bewillkommenden Arbeitervertretern, daß er immer noch der Arbeiter ist, als der er geboren wurde.

In seiner Rede vor der Konvention sagte Herr MacDonald weiter, daß ein Appell an die Arbeiterkraft bei den Bemühungen im Interesse des Weltfriedens vollkommen richtig ist, und in einer zweiten Rede vor dem Canadischen Klub sagte er, daß er zwar nicht beabsichtigt, ein Bräutigam zu sein, daß er aber fühle, daß es eine größere Nation gibt, der wir alle angehören.

Diese beiden Reden waren die Hauptpunkte auf dem Tagesprogramm des Ministerpräsidenten, der von der Unparteilichkeit von Toronto den Grad eines Ehrendoktors, er hielt und einem Empfang der Regierung von Ontario bewohnte, bevor er mit seiner Tochter Isabel und seiner Begleitung nach Ottawa weiterreiste, wo er verschiedene Konferenzen mit seinem canadischen Kollegen Mackenzie King hatte.

MacDonald begann den Tag mit seinem Erscheinen vor der Konvention der Amerikanischen Arbeiterföderation. Ein ganztägiger Beisitzungstrupp brach los und hielt mehrere Minuten an, ehe der britische Premier zu Worte kam.

„Ich hatte einige Vorbereitungen zu ändern, um hier zu kommen“, begann Herr MacDonald. „Ich bin Ihnen im Namen des großen Amtes vorgestellt worden, das ich ausübe, aber ich möchte so sagen, daß ich, Ministerpräsident oder nicht, immer noch der alte Arbeiter bin, als der ich geboren wurde.“

„Der Arbeiter zeichnet sich durch seine Ehrlichkeit und den Gehalt seiner Arbeit aus,“ fuhr er fort. „In Großbritannien bin ich ein Parteimann. Hier, meine Freunde, bin ich heute kein Vertreter einer Partei, ich vertrete eine ganze Nation. Ich bin als der Mann über den Atlantik gekommen, der die Aufgabe hat, die Ansichten, die Einigkeit und die Verlässlichkeit des Unterbaues zu vertreten.“

„Auf unserer Seite“, fuhr der Ministerpräsident fort, „hat die Arbeiterkraft eine Evolutionspolitik eingebracht. Die Revolution, an die wir glauben, ist die durch Wahlen. Man kann keine dauernden Veränderungen in dem Aufbau von Nationen vornehmen, ohne dabei an den geliebten Menschenverstand zu appellieren.“

Die Arbeiterkraft, sagte er weiter, sei die richtige Stelle, an die man appellieren möchte, wenn man (Fortsetzung auf Seite 4)

### Zündholz-Monopol in Deutschland

Berlin. — Schwedens Zündholzmonopol, Johan Kreuger, ist in Berlin angekommen, um ein Abkommen mit der Reichsregierung abzuschließen, unter dem Deutschland ein Darlehen von \$125,000,000 erhält und als Gegenleistung ein Monopol für den Verkauf von Zündholzern in Deutschland erhält. Es dürfte sich um das größte Darlehen handeln, das eine Regierung jemals von einem Privatunternehmen erhalten hat.

Das von der Regierung jetzt beschlossene Abkommen sieht den Zinsfuß für die Kasse auf 6 Prozent fest. Die Rückzahlung erfolgt in 50 Jahren. Der Vorteil für den Zündholz-Traut besteht darin, daß das Monopol die bislang stark empfundene russische Konkurrenz aus dem Felde räumt.

Durch das zu erteilende Monopol beherrscht Kreuger jetzt den ganzen europäischen Zündholzmarkt mit Ausnahme von Rußland.

### Premier King am 20. November in Regina

Wird den canadischen Weiten bereiten und an verschiedenen Orten sprechen.

Nach einer Mitteilung von Ottawa wird Premier Mackenzie King am 20. November von Ottawa aus eine Reise nach dem Westen antreten und am Abend des 30. Oktober in Winnipeg eintreffen, wo er am Abend des 1. November sprechen wird. Eine weitere Rede folgt am 2. November in Saskatoon. In Prince Albert wird er am 4. November sprechen, in Edmonton am 7. November, in Prince Rupert am 9. November, in Vancouver am 15. November, in Calgary am 18. November und in Regina am 20. November. Der canadische Premier wird vom Schatzminister Hon. J. V. Walsh begleitet sein, der eine Jahresreise durch den Westen unternimmt.

### Abzug der Franzosen

Koblenz. — Zwei französische Infanterieregimenter und ein Artillerieregiment, die größten hier stationierten Truppenverbände, haben die Koblenzer Zone am 15. Oktober geräumt. Der Abmarsch der Truppen erfolgte in solcher Ruhe, daß die Bewohner, seit Wochen an ständige Truppenbewegungen und den Abtransport von Kriegsmaterial gewöhnt, desselben kaum gewahr wurden. Nur ein kleiner Teil französischer Soldaten verbleibt auf wenige Tage noch in der Stadt, um die letzten Einzelheiten der Räumung durchzuführen. Gleichzeitig ist der Abmarsch des 1. Bataillons der Rheinland-Kommunikation bekanntgegeben, daß sie ihren Sitz im Dezember nach Wiesbaden verlegen will.

### Geldwährung in der Tschechoslowakei

Prag, Tschechoslowakei. — Ein Kabinettsrat beschloß hier am 16. Oktober, die Rückkehr der Tschechoslowakei zum Goldstandard. Der Wert der tschechischen Krone wurde auf 58 Milligramm Feinsilber festgelegt. Das Kabinettsrat beschloß ferner, daß die Notenbanken bis Ende dieses Jahres eine Wundestdeckung von 25 Prozent haben müssen, die bis 1935 auf 35 Prozent erhöht werden muß.

### Künstlicher Gummi

Genéve. — W. Heiber von Lugano, Schweiz, hat eine neue Erfindung gemacht. Er hat einen synthetischen Gummi erfunden, dessen Herstellung äußerst billig ist. Ein ganzes Kilogramm dieses Stoffes kostet nur 10 Cents. Diese Erfindung bedeutet eine Revolution in der Gummi-Industrie.

## Vor der Vertagung der Welt-Bankierskonferenz

Steuerungsfrage ein strittiges Problem in Baden-Baden

Der belgische Hauptvertreter auf der Konferenz am Herschlag gestorben

Baden-Baden. — Die Konferenz für die Organisation der Internationalen Bank fand neue Zögerlichkeiten in der Frage der Besteuerung. Einige der Delegaten waren der Meinung, daß die Umfänge der Bank und alle anderen Zahlungen, die sie leistet, einschließlich der Gehälter für die Angestellten, steuerfrei sein sollten. Andere Delegaten sagten dagegen, daß die Bank wie alle anderen Banken besteuert werden sollte, wenn sie keine doppelte Besteuerung vermeiden wollten. Unter den Anhängern dieser letzteren Ansicht fanden sich auch die Amerikaner befinden. Vertreter dieser Meinung sagten, daß die Bank ein unzulässiger Konkurrenz der Privatbanken werden würde, wenn sie befristete steuerfreie Anleihen ausgeben könnte. Das Problem wurde einem Unterausschuß zur Beratung überwiesen.

Die Konferenz für die Organisation der Internationalen Bank fand neue Zögerlichkeiten in der Frage der Besteuerung. Einige der Delegaten waren der Meinung, daß die Umfänge der Bank und alle anderen Zahlungen, die sie leistet, einschließlich der Gehälter für die Angestellten, steuerfrei sein sollten. Andere Delegaten sagten dagegen, daß die Bank wie alle anderen Banken besteuert werden sollte, wenn sie keine doppelte Besteuerung vermeiden wollten. Unter den Anhängern dieser letzteren Ansicht fanden sich auch die Amerikaner befinden. Vertreter dieser Meinung sagten, daß die Bank ein unzulässiger Konkurrenz der Privatbanken werden würde, wenn sie befristete steuerfreie Anleihen ausgeben könnte. Das Problem wurde einem Unterausschuß zur Beratung überwiesen.

Die Konferenz für die Organisation der Internationalen Bank fand neue Zögerlichkeiten in der Frage der Besteuerung. Einige der Delegaten waren der Meinung, daß die Umfänge der Bank und alle anderen Zahlungen, die sie leistet, einschließlich der Gehälter für die Angestellten, steuerfrei sein sollten. Andere Delegaten sagten dagegen, daß die Bank wie alle anderen Banken besteuert werden sollte, wenn sie keine doppelte Besteuerung vermeiden wollten. Unter den Anhängern dieser letzteren Ansicht fanden sich auch die Amerikaner befinden. Vertreter dieser Meinung sagten, daß die Bank ein unzulässiger Konkurrenz der Privatbanken werden würde, wenn sie befristete steuerfreie Anleihen ausgeben könnte. Das Problem wurde einem Unterausschuß zur Beratung überwiesen.

Die Konferenz für die Organisation der Internationalen Bank fand neue Zögerlichkeiten in der Frage der Besteuerung. Einige der Delegaten waren der Meinung, daß die Umfänge der Bank und alle anderen Zahlungen, die sie leistet, einschließlich der Gehälter für die Angestellten, steuerfrei sein sollten. Andere Delegaten sagten dagegen, daß die Bank wie alle anderen Banken besteuert werden sollte, wenn sie keine doppelte Besteuerung vermeiden wollten. Unter den Anhängern dieser letzteren Ansicht fanden sich auch die Amerikaner befinden. Vertreter dieser Meinung sagten, daß die Bank ein unzulässiger Konkurrenz der Privatbanken werden würde, wenn sie befristete steuerfreie Anleihen ausgeben könnte. Das Problem wurde einem Unterausschuß zur Beratung überwiesen.

Die Konferenz für die Organisation der Internationalen Bank fand neue Zögerlichkeiten in der Frage der Besteuerung. Einige der Delegaten waren der Meinung, daß die Umfänge der Bank und alle anderen Zahlungen, die sie leistet, einschließlich der Gehälter für die Angestellten, steuerfrei sein sollten. Andere Delegaten sagten dagegen, daß die Bank wie alle anderen Banken besteuert werden sollte, wenn sie keine doppelte Besteuerung vermeiden wollten. Unter den Anhängern dieser letzteren Ansicht fanden sich auch die Amerikaner befinden. Vertreter dieser Meinung sagten, daß die Bank ein unzulässiger Konkurrenz der Privatbanken werden würde, wenn sie befristete steuerfreie Anleihen ausgeben könnte. Das Problem wurde einem Unterausschuß zur Beratung überwiesen.

Die Konferenz für die Organisation der Internationalen Bank fand neue Zögerlichkeiten in der Frage der Besteuerung. Einige der Delegaten waren der Meinung, daß die Umfänge der Bank und alle anderen Zahlungen, die sie leistet, einschließlich der Gehälter für die Angestellten, steuerfrei sein sollten. Andere Delegaten sagten dagegen, daß die Bank wie alle anderen Banken besteuert werden sollte, wenn sie keine doppelte Besteuerung vermeiden wollten. Unter den Anhängern dieser letzteren Ansicht fanden sich auch die Amerikaner befinden. Vertreter dieser Meinung sagten, daß die Bank ein unzulässiger Konkurrenz der Privatbanken werden würde, wenn sie befristete steuerfreie Anleihen ausgeben könnte. Das Problem wurde einem Unterausschuß zur Beratung überwiesen.

Die Konferenz für die Organisation der Internationalen Bank fand neue Zögerlichkeiten in der Frage der Besteuerung. Einige der Delegaten waren der Meinung, daß die Umfänge der Bank und alle anderen Zahlungen, die sie leistet, einschließlich der Gehälter für die Angestellten, steuerfrei sein sollten. Andere Delegaten sagten dagegen, daß die Bank wie alle anderen Banken besteuert werden sollte, wenn sie keine doppelte Besteuerung vermeiden wollten. Unter den Anhängern dieser letzteren Ansicht fanden sich auch die Amerikaner befinden. Vertreter dieser Meinung sagten, daß die Bank ein unzulässiger Konkurrenz der Privatbanken werden würde, wenn sie befristete steuerfreie Anleihen ausgeben könnte. Das Problem wurde einem Unterausschuß zur Beratung überwiesen.

Die Konferenz für die Organisation der Internationalen Bank fand neue Zögerlichkeiten in der Frage der Besteuerung. Einige der Delegaten waren der Meinung, daß die Umfänge der Bank und alle anderen Zahlungen, die sie leistet, einschließlich der Gehälter für die Angestellten, steuerfrei sein sollten. Andere Delegaten sagten dagegen, daß die Bank wie alle anderen Banken besteuert werden sollte, wenn sie keine doppelte Besteuerung vermeiden wollten. Unter den Anhängern dieser letzteren Ansicht fanden sich auch die Amerikaner befinden. Vertreter dieser Meinung sagten, daß die Bank ein unzulässiger Konkurrenz der Privatbanken werden würde, wenn sie befristete steuerfreie Anleihen ausgeben könnte. Das Problem wurde einem Unterausschuß zur Beratung überwiesen.

## Drei Monate Gefängnis mit schwerer Arbeit wegen Tierquälerei

Farmer Aid Popowich vom Otago-Distrikt zum zweiten Male verurteilt weil er Junge eines norrischen Pferdes band, worauf diese abriß.

Ein anderer Farmer erhält wegen Weisheit \$25 Geldstrafe oder ein Monat Gefängnis mit schwerer Arbeit

Einlegen von Berufung gegen das Urteil im Falle Popowich in Erwägung gezogen.

Weyburn, Sask. — Betrüchtliches Aufsehen hat weit über West-Canada hinaus ein Fall von Tierquälerei erregt, die von dem polnischen Farmer Aid Popowich aus dem Otago-Distrikt begangen worden ist. Er hatte es beabsichtigt, mit einem norrischen Pferde zu tun, das nicht vom Pfluge gehen und den Wagen, vor dem es gespannt war, hierauf ein Stück Strick, hielt die Junge des Tieres und forderte den dort stehenden Edward Ogiogio auf, damit die Junge zu binden. Popowich befehlte darauf den Strick, mit dem die Junge gebunden war, an einem Gefährte des Rebepferdes. Mithin warf das gebundene Pferd seinen Kopf in die Höhe. Die Folge davon war, daß ein Stück der Junge abgerissen wurde. Ein anderer namens Summ rief darauf dem Popowich das Pferd zu fassen, doch dieser kümmerte sich nicht weiter um den Rat, sondern ging seiner Arbeit eben so wie Ogiogio nach. Zu Hause angekommen, fütterte er die Pferde wie gewöhnlich; auch das verletzte Tier fraß den ihm vorgelegten Hafer. Erst einige Tage später wurde es gefressen, nachdem es regelmäßig gestreut und getrunken hatte.

Junidit war Popowich vom Friedensrichter in Weyburn zu \$50 Geldstrafe und drei Monaten Gefängnis mit Strafausschub verurteilt worden. Wegen dieses Urteils wurde Berufung bei der höheren Instanz eingelegt mit dem Ergebnis, daß Richter Jish folgendes Urteil des Friedensrichters befand: \$50 Geldstrafe und Gerichtsstrafe über drei Monate mit schwerer Arbeit im Gefängnis zu Regina.

Während der Verhandlung vor dem Friedensrichter fungierte ein Dolmetscher, da Popowich die englische Sprache nicht versteht. Er hatte während des Krieges in der polnischen Armee gedient, war später nach Canada ausgewandert, arbeitete hier an verschiedenen Orten und baute 1927 insgesamt 600 Acker Land bei Otago, die er mit Ausnahme der Erntzeit allein bearbeitete.

Alle Zeugen bezeichneten ihn als guten Farmer, der ordentlich für sein Vieh forgt, u. stellen ihm ein ausgezeichnetes Charakterzeugnis aus. Die Zeugen waren: Adolf Lojaf von Tribune sowie Floyd Miller, Leonard Wener, Johann Gorf, John Szofak und Georg Magdon. Popowich selbst schiederte eingehend sein Verhalten im Falle der Tierquälerei, die er dem norrischen Rebepferde zuschrieb, das ihn anscheinend fast zur Verzweiflung getrieben hatte. Zu der oben beschriebenen Methode, griff er er, als er sich nicht mehr anders zu helfen wußte. Er habe, so erzählte der Angeklagte, in Alberta einen Mann gesehen, der ebenfalls ein Stück Schur an die Junge eines Pferdes gebunden habe, ohne daß es sich eine Verletzung zugezogen habe. Dasselbe habe er auch versuchen wollen. Das Unglück geschah, als das Pferd seinen Kopf nicht weiter um den Rat, sondern ging seiner Arbeit eben so wie Ogiogio nach. Zu Hause angekommen, fütterte er die Pferde wie gewöhnlich; auch das verletzte Tier fraß den ihm vorgelegten Hafer. Erst einige Tage später wurde es gefressen, nachdem es regelmäßig gestreut und getrunken hatte.

## Der lebhafteste Kampf um den Youngplan

Das Volksbegehren gegen die Verklammerung Deutschlands macht gute Fortschritte

Hindenburg steht auch in dieser Frage über den Parteien

Berlin. — Der preussische Landtag hatte seinen sogenannten „Großen Tag“. Volksbegehren gegen den Young-Plan und Stahlschmelz-Auflösung standen auf der Tagesordnung. Nicht bestritten wurde das Haus in allen seinen Teilen, sprach von Volksbegehren und Demagogie und erließ schließlich an das Beamtentum Preußens die scharfe Warnung, sich diesem Volksbegehren unter allen Umständen fernzuhalten.

Hindenburg verhält sich neutral. Berlin. — Reichspräsident von Hindenburg hat dem Reichskanzler Müller ein Schreiben zugehen lassen, in dem ausdrücklich in Worte gestellt wird, daß er sich zugunsten des Volksbegehrens gegen den Young-Plan ausgesprochen hat, wie von den Urhebern dieser Bewegung behauptet worden ist. Zur gleichen Zeit aber weist der Reichspräsident die Bekämpfung der Gegner des Volksbegehrens zurück, er habe sich zugunsten der Gutheißung des Young-Plans erklärt.

### Valkansflug des „Graf Zeppelin“

Friedrichshafen. — Das deutsche Luftschiff „Graf Zeppelin“ landete hier am 17. Oktober nach seiner Rückkehr von einem etwa 50-stündigen Flug über den Balkan, Desterreich und Schottland. Es war der längste Flug des Luftschiffes seit seiner Rückkehr von dem Flug am die Welt.

Zur Erinnerung an den Weltflug des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ sollen hier in Rätze 1,000,000 Dreimarckstücke und 400,000 Fünfmarckstücke geprägt werden. Dieser Beschluß wurde vom Reichsrat gefaßt, als er den Gelegenheitswurf für die Prägung der Erinnerungsgeldstücke gutheißte.

begehren eines Eugenberg und seiner Genossen zur Verbindung der Annahme des Young-Plans griff Ministerpräsident Braun persönlich ein. Er geisterte das Vorgehen der Richter auf das schärfste, sprach von Volksbegehren und Demagogie und erließ schließlich an das Beamtentum Preußens die scharfe Warnung, sich diesem Volksbegehren unter allen Umständen fernzuhalten.

Hindenburg verhält sich neutral. Berlin. — Reichspräsident von Hindenburg hat dem Reichskanzler Müller ein Schreiben zugehen lassen, in dem ausdrücklich in Worte gestellt wird, daß er sich zugunsten des Volksbegehrens gegen den Young-Plan ausgesprochen hat, wie von den Urhebern dieser Bewegung behauptet worden ist. Zur gleichen Zeit aber weist der Reichspräsident die Bekämpfung der Gegner des Volksbegehrens zurück, er habe sich zugunsten der Gutheißung des Young-Plans erklärt.

Ausdrücklich erklärt der Reichspräsident, er habe weder der einen noch der anderen Seite die Erlaubnis erteilt, seinen Namen zu benutzen. Immer habe er vielmehr darauf hingewiesen, daß er sich zu jeder Zeit nach der Annahme des Gesetzes, das Deutschlands Standpunkt gegenüber dem Young-Plan präzisiert, eine Erklärung über seine eigene Haltung in der Sache erlassen werde.

Hindenburg schließt seine Zuschrift mit dem Ersuchen an den Kanzler, die beiden Parteien von deren Inhalt zu verhandeln.

### Bis jetzt gute Fortschritte

Berlin, 18. Okt. — Wie es den Anschein hat, gewinnt das Volksbegehren für die Ablehnung des Young-Planes an Ausdehnung und Bedeutung. In weiteren Kreisen wird heute der Ansicht Ausdruck gegeben, daß es der Deutschen Nationalen gelingen wird, die für eine Volksabstimmung über die Annahme oder Zurückweisung des Young-Planes notwendig ist. (Fortsetzung auf Seite 2.)

## Konferenz für Flotten- abrüstung zu erwarten

Großbritannien und Ver. Staaten haben Verhandlungsbasis erreicht.

Frankreich, Italien und Japan nehmen teil, haben aber ihre eigenen Ideen

London. — Die Tatsache, daß Frankreich, Italien und Japan ihre Bereitwilligkeit erklärt haben, sich an der bevorstehenden Flottenabstimmung in London zur Erörterung der Seerüstungsfragen zu beteiligen, wird hier in eingeweihten Kreisen noch lange nicht als ein sicheres Zeichen dafür betrachtet, daß die Bewegung für die Beschränkung der Flottenrüstungen, wie sie so erfolgreich von Ministerpräsident MacDonald und Präsident Hoover eingeleitet worden ist, auch nun bestimmt ihr Ziel erreichen wird.

Es ist immer noch eine offene Frage, wie weit Frankreich und Italien sich zur Annahme des in der anglo-amerikanischen Vereinbarung angeordneten Prinzips der völligen Gleichheit bereit erklären werden, und das um so mehr, weil die Antworten dieser Regierungen sowohl wie Japans auf die Notwendigkeit hinweisen, die einschlägigen Fragen in weiteren Vorbereitungen zu erörtern.

Die Abhaltung der vorgeschlagenen Konferenz ist zwar nunmehr gesichert, aber soweit befinden sich nur zwei von den fünf in Betracht kommenden Mächten in der Lage, hinsichtlich der wichtigsten Fragen in voller Einmütigkeit in die Verhandlungen einzutreten, und diese beiden Mächte sind Großbritannien und die Vereinigten Staaten.

Nach den Bedingungen der Vereinbarung, die zwischen Hoover und MacDonald getroffen worden ist, sind die beiden Länder verpflichtet, für Parität in der Kreuzerflotte, für die Beschränkung weiterer Schiffsbauten und für die Abschaffung der Unterflotten einzutreten. Der Erfolg der Konferenz wird aber zum großen Teile von der Bereitwilligkeit der drei anderen Mächte abhängen, diese Prinzipien auch auf ihre zukünftigen Marineprogramme anzuwenden.

Daß Frankreich und Italien sich der allgemeinen Regel für die Beschränkung der Seeflotte widersetzen, wird von niemand angenommen. Beide Mächte haben sich wiederholt dahin ausgesprochen, daß sie an der allgemeinen Abrüstung stark interessiert sind sowie auch an der Erfüllung der im Kelloggischen Friedenspakt niedergelegten Prinzipien. Aber bezüglich der Frage der absoluten Parität untereinander und der Abschaffung der Unterflotten sind sie noch weit davon entfernt, mit den Prinzipien der anglo-amerikanischen Vereinbarung übereinzustimmen.

Beide Mächte haben wiederholt offen und unbedeutend zu verstehen gegeben, daß ihr Marineproblem den Faktoren beruht, die in den Erörterungen zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien nicht genügend Berücksichtigung gefunden haben.